

„Frauen sind keine Ware!“

Am 24.6.2013 fand im Bundestag eine „Öffentliche Anhörung zur Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Prostitutionsstätten“ statt. Die eingeladenen Experten wurden gebeten, den Gesetzesentwurf von CDU/CSU und FDP zur „Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Prostitutionsstätten“ (BT-Drucksache 17/13706) zu kommentieren. Der Entwurf sah unter anderem vor, Bordelle einer gewerberechtl. Überwachung zu unterwerfen. Die Experten lehnten den Antrag einhellig ab, weil er ihnen letztlich zu kurz griff. Eine der Expertinnen, die an diesem Nachmittag in Berlin eine Stellungnahme abgab, ist die Sozialarbeiterin Sabine Constabel. Sie arbeitet seit 20 Jahren im Stuttgarter Rotlichtviertel, wo sie im Café „La Strada“ Prostituierte betreut – und kennt das Milieu. In ihren teils ganz praktischen Forderungen erhält man eine Ahnung, was Prostitution eigentlich praktisch wie seelisch bedeutet. Deswegen haben wir uns entschieden ihre mutige Rede in voller Länge abzudrucken.

Stuttgart ist eine der wenigen Städte, in denen Prostituierte grundsätzlich registriert werden. Wir wissen also sehr genau, wie viele Frauen der Prostitution nachgehen, welche Nationalität sie haben und in welchen Prostitutionsobjekten sie sich anbieten oder angeboten werden. 2012 wurden 3.359 Prostituierte gezählt, nur 18 Prozent hatten einen deutschen Pass, 82 Prozent der Frauen waren Ausländerinnen.

Der Anteil der ausländischen Frauen steigt seit Jahren kontinuierlich. Bei den erfassten Neuzugängen unter den Prostituierten zeigt sich sogar ein Ausländeranteil von 90 Prozent. Die meisten dieser Frauen kommen aus Rumänien, gefolgt von Bulgarien und Ungarn. Der größte Teil der Frauen entstammt der Volksgruppe der Roma und den türkischen Minderheiten in Bulgarien und Rumänien.

Die meisten Frauen, die in Stuttgart in den Bordellen, den Clubs und auf dem Straßenstrich anzutreffen sind, sprechen kaum Deutsch, viele der Frauen können weder lesen noch schreiben und beherrschen selbst die Sprache ihres Heimatlandes nur sehr schlecht.

In den letzten Jahren habe ich nur sehr vereinzelt Frauen getroffen, die sich selbst mit der Prostitution ein besseres Leben finanzieren wollten. In aller Regel arbeiten die Frauen für ihre Familien und schicken ihren gesamten Prostitutionserwerb nach Hause.

Viele der Frauen sind nicht alleine hier. Sie werden begleitet von Brüdern, Cousins, von ihren Ehemännern, von ihren Vätern und mitunter sind es auch die Mütter, die ihre Töchter nach Deutschland in die Prostitution bringen. Die Prostituierte erwirtschaftet dann nicht nur das Geld für die Familie zuhause, sondern auch den Unterhalt der sie begleitenden Personen.

Auch die Frauen, die selbstständig eingereist sind, erzählen zuhause, dass sie sich nicht wirklich für die Prostitution entschieden hätten, sondern sich nur prostituieren, weil ihnen keine andere Wahl gelassen wurde. Weil sie sonst ihre Wohnung verlieren würden, weil ihre Kinder nicht zur Schule können, wenn ihnen das Geld für die Schulmaterialien fehlt. Freiwillig, sagen die Frauen, sind sie nicht hier.

Jeden Tag kommen Frauen zu uns, die Alternativen zur Prostitution suchen. „Ich ganz kaputt“ und „gib mir Arbeit“ sind die Standardwünsche der Frauen. Manche Frauen betteln geradezu um Hilfe. Sie erzählen, dass sie die Schmerzen beim Verkehr nicht mehr aushalten, dass sie nicht mehr schlafen können, dass sie Alpträume haben, dass sie an Selbstmord denken. Wir haben Frauen, die, wenn sie für einige Tage im Heimatland waren, mit Tüten voller Schmerzmittel und Psychopharmaka wiederkommen.

Wie sehr die Frauen unter Druck sind, sehen wir auch daran, wie wenig Geld sie für sich selbst ausgeben. Jeder Cent wird gespart und nach Hause geschickt. Auf den Einzahlungsbelegen der

Geldtransferunternehmen sehe ich Beträge von 50 Euro, von 100, manchmal von 200 Euro. Doch unabhängig wie wenig, so fungieren die Frauen doch wie Geldautomaten für ihre Familien. Und je besser sie so funktionieren und je versorgter die Familien zuhause sind, umso höher der Anreiz für andere im Herkunftsland, ebenfalls ihre Ehefrauen, Schwestern, Verwandte nach Deutschland in die Prostitution zu schicken.

Die Osteuropäerinnen in der Prostitution haben nichts mehr mit den professionellen Huren zu tun, die in großer Anzahl noch vor 15 Jahren in dem Gewerbe aktiv waren. Es ist nicht so, dass es neben der „guten Prostitution“ auch noch die Armutsprostitution gibt, sondern Prostitution in Deutschland ist ganz überwiegend Armutsprostitution. So kommt die typische Prostituierte aus Osteuropa, ist Anfang 20 und hat zwei oder drei Kinder im Heimatland. Die Darstellungen der Lobbyisten der Prostitutionswirtschaft, die die Elends-, Armuts- und Zwangsprostituierten als bedauerliche Randgruppe innerhalb der Prostituierten darstellen, gehen an der Realität vorbei. Das Gegenteil ist der Fall. Und Armutsprostitution und Zwangsprostitution gehen Hand in Hand.

Unabhängig, ob der Bruder dabei ist und die Schwester zum Bordell fährt, oder ob die Frau alleine einreist, nachdem die Familie und der Ehemann es so beschlossen haben, oder ob sie es sogar selbst beschlossen hat, weil die Familie in der Nachbarwohnung immer etwas zum Essen hat und sich plötzlich etwas leisten kann, seitdem deren Töchter Geld aus Deutschland schicken – die Frauen antworten uns auf die Frage, warum sie hier sind: „Ich muss.“

Seit 2002 wurden Großbordelle eröffnet, die sich auch „Wellness-Oasen für den Mann“ nennen, die effiziente Handelsunternehmen sind, die die Ware Frau an den Kunden bringen und mit dieser Ware enorme Profite erwirtschaften. Junge Frauen, die jeden Tag bis zu 160 Euro für ein winziges heruntergekommenes Bordellzimmer zahlen, spülen viel Geld in Taschen von Hausbesitzern und Pächtern. Wen wundert es da, dass die Zahl der Bordelle und Absteigen kontinuierlich zunimmt.

Die Vermieter von Bordellen, Appartements und Absteigen sind ein relevanter Teil in dem Ausbeutungssystem Prostitution. Für sie gibt es keine Mietobergrenze. In Stuttgart liegt der Quadratmeterpreis für eine einfache Absteige bei über 300 Euro. Dieser Preis ist absurd und nur möglich, weil die Vermieter nicht wegen Mietwuchers belangt werden können. Hier braucht es eine Mietobergrenze, die sich an den Preisen vergleichbarer Hotelzimmer orientiert.

Die Frauen in den Bordellen haben zumeist nicht einmal 10 Prozent ihres erwirtschafteten Prostitutionserwerbs für sich, der Großteil ihrer Einnahmen fließt direkt zu den Bordellbetreibern, Wohnungsbesitzern und Pächtern. Die stehen am Ende einer Kette aus unsäglichen Verbrechen an jeder einzelnen Frau, waschen sich die Hände in Unschuld, weil



ECHE MÄNNER KAUFEN KEINE FRAUEN

sie sich straffrei und legal die Armut in den Herkunftsländern, die dort herrschenden gewalttätigen Strukturen in den unterprivilegierten Familien, die dort herrschende Benachteiligung der Frau zunutze machen und schamlos ihren Profit daraus schlagen.

Diese Betreiber freuen sich schon auf eine Konzessionierung. Ihre Wellness-Oasen, wie zum Beispiel das Paradise am Stuttgarter Flughafen, erfüllen schon jetzt alle Auflagen: Sie sind sauber und geben sich transparent. Die Konzessionierung kommt diesen Herren sehr entgegen, weil sie unliebsame Konkurrenz minimieren wird und sie sich noch mehr als bisher im Markt behaupten können.

Wie überall überwiegt auch in diesen so genannten Edelbordellen die Zahl der Armuts- und Zwangsprostituierten. Derartige Großbordelle sind für die kleine Gruppe der selbstständigen, autonomen Frauen gar nicht attraktiv, weil die Manager dort natürlich dafür Sorge tragen, dass ihre Kunden ein Höchstmaß an Service zum günstigen Preis erhalten und gerne wiederkommen. Dass die Frauen reihenweise an diesem Service zerbrechen, stört hier nicht das Geschäft. Unrentable Frauen sortieren sich selbst aus und über den Nachschub müssen sich die Betreiber keine Sorgen machen - den gibt es für sie umsonst und im Überfluss.

Eine Konzessionierung ist besser als keine Konzessionierung, aber sie wird das Problem der Zwangsprostitution aus Armut nicht lösen können.

Gäbe es bundesweit Spezialdienststellen der Polizei fürs Milieu, wie in Stuttgart und Hamburg, wäre das Geschäft mit den Prostituierten in Deutschland transparenter. Erforderlich sind dazu Zugriffs- und Kontrollrechte in allen Formen der Prostitutionsbetriebe. Und da Prostitution immer im kriminellen Milieu stattfindet, darf die Kontrolle auf keinen Fall an kommunale Behörden delegiert werden, sondern muss Sache der Polizei sein.

Verstöße gegen zukünftige Auflagen für Prostitutionsstätten dürfen nicht nur Ordnungswidrigkeiten sein, sondern sollten bei beharrlichem Zuwiderhandeln als Straftat gewertet werden können. Um der Gewalt im Prostitutionsmilieu etwas entgegenzusetzen zu können, um offensiv und effizient einschreiten zu können, ist ein interdisziplinäres Vorgehen unabdingbar. Daten müssen zusammenfließen. Deshalb sind Runde Tische aller beteiligten Behörden und Fachstellen zwingend erforderlich. Ein Nebeneinander, sei es noch so bemüht, hat lange nicht die Effizienz eines Miteinanders.

Eine Pflicht zur gesundheitlichen Kontrolle in den Gesundheitsämtern, gepaart mit einer sozialen Beratung, wäre nicht nur ein notwendiger Schritt, der Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten zu begegnen, diese Untersuchungspflicht ist immer auch eine Chance für die Frauen, mit Menschen außerhalb des Milieus in Kontakt zu kommen und Hilfe zu suchen. Das wäre eine Veränderung, die sowohl die deutschen wie auch die osteuropäischen Prostituierten begrüßen würden.

Bordellbetreiber sind seit jeher versucht, die Frauen zu isolieren und ihnen Informationen zu verwehren. Da kommen Vertragsärzte ins Haus, sie haben Kantinen, damit die Frauen zum Essen nicht das Haus verlassen. Vieles, was in soliden Betrieben arbeitnehmerfreundliche Maßnahmen der Geschäftsleitung wären, dient in Prostitutionsbetrieben dazu, die Frauen zu isolieren und ihnen damit die Möglichkeit zu nehmen, sich bei Schwierigkeiten Hilfe zu holen.

Die notwendig wieder einzuführende gesundheitliche Pflichtuntersuchung für Prostituierte darf deshalb nicht an Haus- und Betriebsärzte delegiert werden können. Wenn jede Frau vor dem Arbeitsbeginn in einem lizenzierten Bordell ein Gesundheitszeugnis und den Nachweis einer Beratung vorlegen müsste, genau so, als wenn sie mit Lebensmitteln arbeiten würde (da gibt es eine vorgeschriebene Belehrung), könnten wir verhindern, dass junge Frauen hier arbeiten, ohne die Information zu

bekommen, dass sie ihr Geld nicht den Zuhältern und Vermittlern geben müssen, dass sie sich Hilfe holen können, wenn sie geschlagen und vergewaltigt werden.

Was für uns selbstverständlich ist, wissen sehr viele der Frauen nicht. Das sagt ihnen niemand. Sie haben nur die Informationen, die ihnen ihre Begleiter geben. Nur die. Das kann man ändern.

Erforderlich und wichtig sind spezialisierte Milieu-Sozialarbeiterinnen, die den Kontakt zu den Frauen suchen, sie informieren und Hilfen anbieten. Hilfen in der Prostitution sind Hilfen zum Ausstieg. Die Frauen arbeiten nicht gerne in der Prostitution, sie suchen nach Ausstiegsmöglichkeiten. Damit das gelingen kann, müssen entsprechende Programme etabliert werden.

Viele der Frauen fangen mit 18 Jahren an, der Prostitution nachzugehen. Das ist zu jung. Das Mindestalter müsste bei mindestens 21 Jahren liegen. Auch wenn diese Altersgrenze die Situation der jungen Frauen nicht ändern wird. Denn dann werden die Jüngeren eben bis zu ihrem 21. Geburtstag in Spanien zwischengelagert. Wir treffen schon jetzt auf viele osteuropäische Frauen mit Spanischkenntnissen.

Wichtig ist, den Freier endlich in die Verantwortung zu nehmen. Im §184e StGB müssen die Frauen raus- und die Männer reingekommen werden. Wer verbotene Prostitution nachfragt, muss belangt werden können. Bisher werden nur die Frauen belangt – und die haben gar keine Wahl. Der Freier hat die Wahl – und er ist greifbar. Über ihn kann das Geschehen verändert werden. Deshalb müssen Zwangsinstrumente gegen den Freier eingesetzt werden, nicht gegen die Prostituierte.

Der Straftatbestand der Ausbeutung von Prostituierten muss so geändert werden, dass objektive Tatbestände ausreichen. Es darf nicht sein, dass eine 20-jährige Armutstituierte erst gegen ihren Vater, ihre Mutter, ihren Bruder oder Nachbarn aussagen muss, damit die Täter belangt werden können.

Hier kann das französische Recht Vorbild sein. Dort sind die Strafvorschriften bezüglich Prostitution und Förderung der Prostitution weiter gefasst und es können diejenigen belangt werden, die die Frauen in die Bordelle bringen und ihr Geld aufbewahren.

Zusammenfassend sind zum einen Maßnahmen zur Stärkung der Prostituierten erforderlich:

- ein klares Verbot der Werbung für unsafe und besonders entwürdigende Praktiken („französisch ohne“, „Natur“, „Flatrate“);
- Anhebung des Einstiegsalter auf mindestens 21 Jahre;
- Schaffung eines Schutzraumes durch Wiedereinführung einer verpflichtenden, regelmäßigen psychosozialen und gesundheitlichen Pflichtberatung, die durchaus auch mit einem Erlaubnisschein verbunden sein kann;
- Schaffung kreativer Lösungen, z. B. durch eine Anlehnung an die Pauschalsteuer, damit Prostituierte sozial und gesundheitlich abgesichert sind;
- Schaffung psychosozialer Beratungsstellen für Prostituierte;
- Schaffung niederschwelliger Angebote;
- Ausbau der Ausstiegsprogramme für Prostituierte;
- Bleiberecht für Opfer von Menschenhandel.

Und Maßnahmen zur Schwächung der Ausbeuter:

- Regulierung der Prostitution durch Einführung von Erlaubnis- und Anzeigepflichten für sämtliche Prostitutionsbetriebe;
- Wiedereinführung objektiver Strafbarkeitsmerkmale zur Entlastung der Opferzeuginnen zur Abgrenzung legal/illegal. Vorbild kann hier Frankreich mit dem Code Penal Art. 225 Proxénétisme sein;
- Tatbestände zum Menschenhandel müssen verschärft werden;
- Wiedereinführung der Strafbarkeit der §180a StGB (Förderung der Prostitution);
- Bundeseinheitliche Zugangs- und Kontrollrechte an Orten, an denen Prostitution nachgegangen wird;
- Festlegung von Mietobergrenzen gegen Mietwucher;
- Freierbestrafung bei Inanspruchnahme illegaler und unerwünschter Prostitutionsformen.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Menschenhandels und zur Überwachung von Prostitutionsstätten ist nur ein erster kleiner Schritt zur Regulierung, kann das Elend der Frauen in der Prostitution aber nicht mindern. Selbst die Regulierung wird mit einer derart minimalen Veränderung kaum möglich sein:

Sobald Betreiber oder Betreiberinnen ein entsprechendes Führungszeugnis nicht aufweisen können, werden Strohleute eingesetzt. Das war vor 2002 üblich, das wird jetzt ebenfalls bereits praktiziert und nichts deutet darauf hin, dass das in Zukunft anders sein wird.

Und die gewerberechtliche Regelung im Entwurf weist mit der „Kann“-Regelung schon auf die zukünftige Schwäche hin. Nicht erkennbar ist auch, wer die Zuständigkeit und Kontrolle hat und welche Konsequenzen bei Zuwiderhandeln drohen.

Unter pragmatischen Gesichtspunkten ist das Ansinnen, die Prostitution zu regulieren, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Schließlich findet Prostitution größtenteils unter kriminellen Bedingungen statt und natürlich muss hier regulierend eingegriffen werden. Aber ganz unabhängig davon, wie die Rahmenbedingungen der Prostitution gestaltet werden, ändert dies nichts am Elend und der Not derjenigen, die ihren Körper zur Benutzung anbieten müssen.

Denn im Unterschied zu allen anderen Dingen, die Menschen für Menschen erbringen, ist Sexualität ein zutiefst intimer Akt und untrennbar mit dem Kern der Persönlichkeit verbunden. In der Prostitution werden Menschen zu Objekten gemacht, benutzt, bezahlt, gekauft. Im Gegensatz zu den vielen Formen, wie Sexualität gelebt werden kann, leben die Frauen in der Prostitution nicht ihre Sexualität.

Das Vorgaukeln der eigenen Lust gehört zum Geschäft, das ist die Illusion, die der Freier will und für die er bezahlt, während er die Frau benutzt. Prostitution erzwingt von der Frau ein Höchstmaß an körperlicher Intimität bei gleichzeitiger maximaler emotionaler Distanz und innerer Unbeteiligtheit. Die dramatischen psychischen und physischen Folgen, die dieser Dauerkonflikt für die Frauen hat, sind bekannt und mittlerweile mit vielen Studien belegt.

Einer 20-jährigen Bulgarin, die im Bordell mindestens 150 Freier nur für die Miete über sich ergehen lassen muss, ist es egal, ob die Stromleitungen über oder unter Putz liegen, ob der Wasserhahn tropft und sogar, ob der Betreiber einen Erlaubnisschein hat oder nicht. Die Frauen sagen, sie halten den Geruch der Freier nicht mehr aus, nicht die Gesichter, sie halten es nicht mehr aus, nett zu sein und nett zu tun, obwohl sie sich am liebsten nur noch übergeben würden.

Zu uns kommen Frauen und sagen: „Ich fühle mich wie eine öffentliche Toilette“, „Ich werde nie wieder lachen können“, „Ich bin hier gestorben“. Egal, wo die Frauen leben und arbeiten, die Raumausstattung, die Rahmenbedingungen der Prostitutionstätigkeit sind kein Thema, wenn die Frauen Hilfe suchen. Thematisiert wird immer die Prostitution selbst, die so zerstörerisch wirkt. Und das unabhängig davon, ob sich die Frau im Edel-Escort oder in einer runtergekommenen Absteige anbieten muss.

Vielleicht wagen Sie ja irgendwann den Blick nach Schweden. Nicht, weil Deutschland zu prüde, zu sexfeindlich, zu konservativ oder zu spießig ist. Nein, der Blick nach Schweden aus humanitären Gründen. Weil wir ein zivilisiertes Land sind, das sich den Schutz der Menschenrechte sogar ins Grundgesetz geschrieben hat.

Frauen sind keine Ware!



Sabine Constabel,

Dipl. Sozialarbeiterin, Gesundheitsamt Stuttgart, berät und betreut seit 22 Jahren Prostituierte in Stuttgart.